

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Begleitmaßnahmen und Verhandlungspunkte für einen gelingenden LEA-Betrieb

Wir beantragen:

1. In Stuttgart soll nicht mehr als ein LEA-Standort umgesetzt werden. Eine menschenwürdige Unterbringung ist nur möglich, wenn die Kapazität der Einrichtung die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt. Für die sozialverträgliche Unterbringung im Stadtbezirk muss eine geeignete Größenordnung gefunden werden.
2. Bereits bestehende Unterkünfte in der Umgebung sollen mit der Errichtung der LEA aufgelöst und es sollen keine weiteren geplant werden.
3. Die Stadt identifiziert zusammen mit dem betroffenen Bezirk mögliche Ausgleichsmaßnahmen, zum Beispiel eine das Gemeinwesen stärkende Infrastruktureinrichtung wie ein Bürgerhaus o.ä. sowie (infrastrukturelle) Begleitmaßnahmen, priorisiert deren Umsetzung und fordert vom Land eine angemessene finanzielle Beteiligung.
4. Die Stadt fordert das Land auf, umfassende und rechtzeitige Informations- und Beteiligungsformate im betroffenen Stadtbezirk durchzuführen und beteiligt sich daran auch selbst aktiv.

Begründung:

Der Gemeinderat hat sich im Dezember 2024 mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Suche des Landes nach einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Stuttgart aktiv und konstruktiv zu begleiten (Antrag 0274/2024).

Wir haben eine humanitäre sowie eine gesetzliche Verpflichtung, eine menschenwürdige Aufnahme zu gewährleisten. Zudem ist die Unterstützung einer geordneten und gerechten Verteilung der Ankommenden auf die Kommunen im Interesse der Stadt. Da 20 Prozent der LEA-Kapazität auf die Zuweisung von Geflüchteten angerechnet werden, sorgt die Ansiedlung einer LEA in der Landeshauptstadt zudem für eine Entlastung bei der Anschlussunterbringung.

Gleichzeitig zeigt die Diskussion in Stadtgesellschaft und Medien, dass die Ansiedlung einer LEA mit offenen Fragen und Herausforderungen verbunden ist. Wir beantragen daher, dass sich die Stadt bei den Verhandlungen mit dem Land mit aller Kraft für eine gute und tragfähige Lösung einsetzt.

Vor allem wollen wir die Verhandlungspositionen der Stadt Stuttgart gestärkt wissen und klare Verhandlungspunkte einbringen. Hierbei muss insbesondere der betroffene Bezirk von einem Ausbau einer das Gemeinwesen stärkenden Infrastruktur, zum

Beispiel ein Bürgerhaus o.ä. sowie weiterer (infrastrukturellen) Begleitmaßnahmen, profitieren.

Gez.

Gabriele Munk

Afina Albrecht

Fabian Reger

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Anlage/n

Keine